

04.07.2008 / Feminismus / Seite 15

Wünsch dir was

Partei Die Linke veranstaltete Frauenratschlag. Vertreterinnen verschiedenster Organisationen und Initiativen formulierten ihre Forderungen an die Hamburger Politik

Birgit Gärtner

Die Linke und die ihr nahestehende feministische Arbeitsgemeinschaft LISA hatten eingeladen, und fast alle waren gekommen: Am Dienstag gaben sich beim Hamburger Frauenratschlag Vertreterinnen der Gewerkschaften, der Hochschulen, der institutionellen Frauenarbeit, von Frauengruppen, Migrantinnenorganisationen und schlicht an dem Thema Interessierte ein Stelldichein. Sie alle zeigten sich offen für Vernetzung, und am 8. März 2009 soll es eine große, gemeinsame Demonstration geben – vielleicht. Denn bis dahin müssen unter anderem sehr unterschiedliche Vorstellungen von Emanzipation unter einen Hut gebracht werden.

Ein bißchen war es wie bei »Wünsch dir was«: Die einen wollen drei Frauenhäuser mehr, die anderen Gender-Studiengänge erhalten, wieder andere ein spezielles Gesundheits-Dienstleistungszentrum nur für Frauen, noch andere ein eigenständiges Bleiberecht. Die formulierten Forderungen sind ein beredtes Zeugnis für die immensen Probleme von Frauen und die Unterschiedlichkeit ihrer Bedürfnisse.

Zu Beginn gab die Anwältin Silke Martini einen kurzen Überblick über das Antidiskriminierungsgesetz, das Merkmale wie Behinderung, Alter und Geschlecht über einen Kamm schere und daher eher eine rechnerische denn eine qualitative Gleichstellung garantiert. Anschließend stellten Teilnehmerinnen verschiedene Projekte und Vorhaben vor. Emilia Mitrovic von der Gewerkschaft ver.di berichtete über die Arbeit der im Mai dieses Jahres eingerichteten Anlaufstelle für Illegalisierte. Gerade sei es gelungen, für eine Haushaltsangestellte eine offene Lohnforderung durchzusetzen. Dergleichen sei meist gar nicht so schwierig, da die meisten Betroffenen in Privathaushalten beschäftigt seien, die kein Interesse an einer Anzeige wegen Beschäftigung von Schwarzarbeiterinnen hätten.

Die Bürgerschaftsabgeordnete und frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kersten Artus, stellte die Idee vor, im Landesparlament zu beantragen, den 8. März zum gesetzlichen Feiertag zu erklären. »Nach dem Hamburger Landesfeiertagsgesetz wäre das möglich«, sagte sie. Einige Teilnehmerinnen halten es für vorteilhaft, daß die Grün-Alternative Liste (GAL) jetzt in der Landesregierung sitzt. Die Frauenrechte seien den Grünen schließlich »nicht so ganz egal«, hieß es. Dies scheint vor dem Hintergrund, daß die Grünen in ihrer Zeit als Berliner Regierungspartei Sozialraub in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß betrieben und das repressivste Ausländerrecht aller Zeiten mit zu verantworten haben, etwas blauäugig.

Eine kontroverse Debatte entspann sich um die für den 8. März 2009 geplante Demo. In der Vergangenheit demonstrierten Frauen aus verschiedenen Bereichen an verschiedenen Orten. Vor allem das Auftreten von Kurdinnen, die mit Öcalan-Plakaten für Emanzipation eintraten, hatte zu heftigen Diskussionen innerhalb von Frauen- und verschiedenen linken Gruppen geführt. Mit dem Argument, die deutschen Frauen verstünden nichts davon, forderten die anwesenden Vertreterinnen kurdischer Gruppen eine Akzeptanz ihrer Gepflogenheiten auf der geplanten Kundgebung. Kersten Artus versuchte dennoch, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen: »Die eine Frauenbewegung gibt es nicht«, stellte sie am Ende fest und fügte hinzu: »Vielleicht müssen wir uns von der Vorstellung lösen, alles gemeinsam zu machen und zumindest hier und da auf das Prinzip zurückgreifen: getrennt marschieren, vereint schlagen«.